Die privaten Vermögen in Deutschland sind zunehmend ungleich verteilt. Das unterstreicht, nach verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen, auch der Entwurf für den neuen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Die Einkommen haben sich ebenfalls stark auseinander entwickelt. Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, zeigt eine aktuelle Untersuchung: Die zunehmende Ungleichheit in Deutschland und anderen Staaten hat die Finanz- und Wirtschaftskrise mit verursacht, die bis heute nachwirkt. Zu diesem Ergebnis kommen Dr. Till van Treeck vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung und Simon Sturn von der University of Massachusetts in Amherst.[*]
Materialien zur Armut, zusammengestellt von **Wolfgang Lieb**.

In einem Punkt sind sich alle einig: Deutschland war in den vergangenen zehn Jahren zu einseitig auf seine Exporterfolge fokussiert, stellen Internationaler Währungsfonds, OECD, EU-Kommission und Internationale Arbeitsorganisation (ILO) unisono in aktuellen Analysen fest. Die Krise im Euroraum zeige die Negativwirkungen dieser Strategie auf – und nötige Alternativen: Eine stärkere Binnennachfrage in der Bundesrepublik würde dabei helfen, in Europa und der Welt die Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen zu verringern – und wäre damit ein wichtiger Beitrag zur Überwindung der Krise.
Dafür müsste Deutschland eines seiner Kernprobleme angehen: die rasant gewachsene Einkommensungleichheit, betonen van Treeck und Sturn. Die beiden Ökonomen haben im Rahmen eines Forschungsprojektes der ILO die Effekte zunehmender Ungleichheit in verschiedenen Ländern analysiert, darunter auch in Deutschland. Sie werteten dazu eine Vielzahl wissenschaftlicher Quellen aus.
Bislang konzentriere sich die Diskussion über Ungleichheit als eine der Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem auf die Vereinigten Staaten und die Schwellenländer, allen voran China, erläutern Sturn und van Treeck. Doch zu den Kernproblemen der Eurozone, deren Krise von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst wurde, zähle auch die wachsende Ungleichheit der Einkommen im größten Mitgliedsland Deutschland.

Seit der Jahrtausendwende sind die Löhne deutscher Arbeitnehmer kaum gestiegen, die Schere zwischen großen und kleinen Einkommen hat sich immer weiter geöffnet. Zwischen 2001 und 2007 sank die Lohnquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt um mehr als fünf Prozentpunkte. In den Jahren 1999 bis 2009 wuchs das verfügbare Einkommen des reichsten Zehntels um 16,6 Prozent, das des ärmsten Zehntels schrumpfte um 9,6 Prozent (siehe auch die Infografik im Böckler Impuls 13/2012; Link unten). Dabei war Deutschland laut Daten der Bundesbank bereits zum Start der Währungsunion 1999 in hohem Maße wettbewerbsfähig, so die Forscher. Aufgrund der im europäischen Vergleich weit unterdurchschnittlichen Lohnentwicklung konnte die deutsche Wirtschaft diesen Vorteil

immer weiter ausbauen. Hingegen dämpften die schwache Reallohnentwicklung und die zunehmende Einkommensungleichheit die Binnennachfrage.

Als wesentlichen Faktor identifizieren van Treeck und Sturn dabei die Hartz-Reformen, die den Arbeitsmarkt flexibler machen sollten. Sie haben hierzulande das Wachstum des Niedriglohnsektors weiter angetrieben. Bis in die Mittelschicht breiteten sich ein Gefühl der Unsicherheit und die Angst vor Jobverlust aus. Auch in den USA nahm die Einkommensungleichheit zu. Dort häuften viele Bürger immer höhere Schulden an – zum Beispiel, um sich trotz niedriger Einkommen ein Eigenheim leisten zu können. Damit stützte der private Konsum zwar die wirtschaftliche Entwicklung. Doch das Leistungsbilanzdefizit wuchs, die Hauskreditblase platzte – die Finanz- und Wirtschaftskrise nahm ihren Lauf.

Die Deutschen hingegen verschuldeten sich nicht, um trotz stagnierender Einkommen ihren Lebensstandard zu halten. Im Gegenteil: Sie sparten einen größeren Teil ihres Einkommens. Diese typisch deutsche Reaktion ist auch dem typisch deutschen institutionellen Rahmen geschuldet, stellen die beiden Wissenschaftler fest:

- Deutsche Arbeitnehmer arbeiten vielfach in hoch spezialisierten Industriezweigen und verfügen über betriebsspezifisches Wissen. Beschäftigungsverhältnisse sind stabiler als in den USA. Wenn Arbeitsmarktreformen Entlassungen erleichtern und zugleich die Ungleichheit steigt, befürchten Arbeitnehmer, dass sie im Falle eines Jobverlusts aufgrund ihrer Spezialisierung nur schwer anderweitig unterkommen und Einkommensverluste hinnehmen müssen. Die Konsequenz: Sie sparen.

- Weitere Reformen des Sozialstaats, wie die Teilprivatisierung der Altersrente, ließen die Beschäftigten ebenfalls mehr Geld auf die hohe Kante legen.

- Erschwerend kommen die relativ niedrige Erwerbsbeteiligung von Frauen und der sehr große Lohnabstand zu den Männern hinzu: Die starke Ausbreitung von Minijobs gerade bei verheirateten Frauen bedeutet auch, dass diese vor allem über ihren Ehemann sozial abgesichert sind. Zugleich macht das Steuersystem es für sie finanziell unattraktiv, mehr zu arbeiten. In dieser Konstellation wäre ein Jobverlust des Mannes umso dramatischer – was die Deutschen in Reaktion auf die steigende Ungleichheit und die Deregulierung des Arbeitsmarkts noch mehr sparen ließ.

All diese Faktoren ließen die Binnennachfrage nicht mehr wachsen, macht die Analyse der Wissenschaftler deutlich. Seit der Jahrtausendwende speiste sich das deutsche Wirtschaftswachstum allein aus dem Export. Starker Export, schwache Inlandsnachfrage

und hohe Sparquote verursachten einen dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschuss. Deutschland lebte damit auch von der Überschussnachfrage der europäischen Nachbarn. Diese speiste sich wiederum aus Kreditblasen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise platzten.

In Deutschland sollten Reformen deshalb darauf abzielen, die Einkommensungleichheit wieder zu reduzieren, empfehlen van Treeck und Sturn. Wichtig seien Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen, wie in jüngster Zeit geschehen. Die Politik könne dies unterstützen, indem sie die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen erleichtert, die Arbeitsmarktreformen um einen gesetzlichen Mindestlohn ergänzt und die Leiharbeit eindämmt. Damit ließen sich die schwache Konsumnachfrage und die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Export überwinden – zum Wohle ganz Europas.
Quelle: Pressmitteilung IMK, Hans-Böckler-Stiftung

Drei Infografiken zum Download im Böckler Impuls:

Quelle: Böckler Impuls

Quelle: Böckler Impuls

Quelle: Böckler Impuls

Siehe dazu auch:

Was der Armutsbericht über Deutschland verrät

Die Reichsten werden immer reicher. Das geht aus dem vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hervor. Das private Nettovermögen hat sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht – allerdings ist der Wohlstand sehr ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 belief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53

Prozent des Nettogesamtvermögens. (© SZ-Grafik)
Quelle: SZ

Weiter berichtet die SZ aus dem ihr vorliegenden, jedoch noch nicht veröffentlichten 4. Armuts-Reichtumsbericht:

- dass die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die von Hartz IV leben müssen, ist von 2007 bis 2011 um 236.000 zurückgegangen sei. Man hätte sich allerdings gerne die Angabe der absoluten Zahl bzw. den Prozentanteil dieser Gruppe, die von Hartz IV leben muss gewünscht. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit von Anfang dieses Jahres lebten mehr als 1,6 Millionen Kinder in Deutschland von Hartz 4, das ist jedes siebte Kind, in Ostdeutschland oder z.B. im Ruhrgebiet sogar jedes vierte, in Berlin jedes dritte (33,6 Prozent)

  Quelle: Welt.de

- dass sich die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder ab einem Jahr seit 2006 verdoppelt hätte. Auch hier fehlt die absolute Zahl und der Versorgungsgrade. Nach Angaben des BMFSF lagt die Betreuungsquote bei unter Dreijährigen im März 2011 bei 25,4 Prozent (20 Prozent West, 49 Prozent Ost). Angestrebt ist, dass ab August 2013 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsplatz angeboten werden können soll. Die eingesetzten Mittel für frühkindliche Betreuung für Kinder unter 6 Jahren beliefen sich auf 0,4 Prozent des Bruttoinlandproduktes, das sei immer noch „weit unterdurchschnittlich“, in Ländern wie Dänemark oder Schweden betrage dieser Anteil das Dreifache,

- dass der Anteil der Schüler, die nicht einmal einen Hauptschulabschluss schaffen von 7,7 Prozent im Jahr 2007 auf 6,5 Prozent 2010 zurückgegangen sei und dass nach wie vor die Bildungschancen von Kindern in Deutschland sehr stark davon abhängig seien, was die Eltern gelernt hätten und welches Haushaltseinkommen sie erzielten,

- dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit 2007 um 40 Prozent auf 1,06 Millionen im Jahresdurchschnitt 2011 zurückgegangen sei und dass es bei den im Ausland geborenen Zuwanderern im Vergleich zu anderen Industrienationen einen besonders starken Rückgang gebe. Bekannt ist allerdings auch, dass diese Statistik täuscht. 1,4 Millionen Menschen sind von der Bundesagentur für Arbeit 2011 als nicht mehr

langzeitarbeitslos geführt worden, sei es weil sie etwa wegen Krankheit als arbeitsunfähig gelten (35 Prozent), weil sie wegen „fehlender Verfügbarkeit oder Mitwirkung“ nicht mehr als jobsuchend gelten (11 Prozent) oder weil sie in „arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen“, also etwa Ein-Euro-Jobs ober in Umschulungsmaßnahmen sind (23 Prozent),

- dass sich der Anteil der atypischen Beschäftigung (Teilzeitstellen bis 20 Wochenstunden oder Minijobs) binnen zehn Jahren von 20 auf 25 Prozent erhöht habe. Diese Zunahme sei aber nicht auf Kosten normaler Arbeitsverhältnisse gegangen. Im Umkehrschluss heißt das allerdings, dass ein erheblicher Anteil des Zuwachses an Arbeitsplätzen der atypischen Beschäftigung geschuldet ist. Für 2010 ermittelte das Statistische Bundesamt, dass die atypische Beschäftigung gut 75 % zum Gesamtzuwachs der Zahl abhängig Beschäftigter beitrug. Vor kurzem berichtete das Statistische Bundesamt, dass die Zahl der atypisch Beschäftigten mit 7,918 Millionen einen neuen Höchststand erreicht habe und dass knapp 2 Millionen Menschen in der zurückliegenden Dekade in atypischer Beschäftigung gelandet seien

- dass derzeit „nur“ 2,45 Prozent der über 65-Jährigen auf staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen seien, aber immerhin liege ihr Risiko aber bei 14,7 Prozent,

- dass bei den Geringverdienern die Sorge bestehe, dass sich zusätzliche Vorsorge trotz langer Lebensleistung nicht lohnen könnte, weil Einkommen aus einer zusätzlichen Altersvorsorge im Alter mit der Grundsicherung verrechnet werde. Siehe jedoch die sog. „Rentenschock-Tabelle“.

In einem weiteren Beitrag berichtet die SZ, dass die **Reichen trotz Finanzkrise immer reicher** würden. Der private Reichtum werde immer größer, das Vermögen des Staates hingegen kleiner. Die SZ zitiert aus dem Bericht des Arbeitsministeriums: “Während das Nettovermögen des deutschen Staates zwischen Anfang 1992 und Anfang 2012 um über 800 Milliarden Euro zurückging, hat sich das Nettovermögen der privaten Haushalte von knapp 4,6 auf rund 10 Billionen Euro mehr als verdoppelt.” Im Zuge der Rettungsmaßnahmen anlässlich der Finanz- und Wirtschaftskrise sei “eine Verschiebung privater Forderungen und Verbindlichkeiten in staatliche Bilanzen feststellbar”.

Das private Nettovermögen hätte sich nach den Regierungsangaben allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht. Weiter berichtet die SZ: Hinter diesen Zahlen stecke jedoch auch “eine sehr ungleiche Verteilung der Privatvermögen”. So vereinten “die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten

Nettovermögens auf sich". Der Anteil dieses obersten Zehntels sei dabei "im Zeitverlauf immer weiter gestiegen". 1998 belief er sich laut den amtlichen Zahlen auf 45 Prozent, 2008 war in den Händen dieser Gruppe der reichsten Haushalte bereits mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens. Die untere Hälfte der Haushalte verfüge über nur gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, heißt es in dem Bericht weiter.

Zur Lohnentwicklung berichtet die SZ: Große Unterschiede verzeichne die Analyse auch bei der Lohnentwicklung: Sie sei "im oberen Bereich in Deutschland positiv steigend" gewesen. Die unteren 40 Prozent der Vollzeitbeschäftigten hätten jedoch nach Abzug der Inflation Verluste bei der Bezahlung hinnehmen müssen. "Eine solche Einkommensentwicklung verletzt das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung", werde dazu angemerkt.

Quelle: Welt.de

Die FAZ macht aus dem ernüchternden Bericht die Schlagzeile:
Die Deutschen werden immer Reicher
Die wirtschaftsliberale Zeitung berichtet zuerst: Auch nach der Finanzkrise hätten sich die Vermögen der Deutschen gut erholt. Zwischen 2007 und 2012 hab das private Nettovermögen – dazu gehören etwa Immobilien, Bauland, Geldanlagen oder Ansprüche aus Betriebsrenten – den Angaben zufolge um 1,4 Billionen Euro zugelegt. „Zahlen zur Ungleichheit gibt es in dem Bericht auch."

Die reaktionäre „Welt" sieht darin: „Die große Neiddebatte um das Geld der Reichen"
Hier findet man auch das gesamte Arsenal der Rechtfertigung der Spaltung zwischen arm und reich:

- Eine Vermögenssteuer würde zu Kapitalflucht führen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen schwächen.

- Hüther vom Arbeitgeber-Institut der deutschen Wirtschaft (IW) sieht den Rückgang des staatlichen und den Anstieg des privaten Nettovermögens positiv, denn der Staat sei nicht der bessere Unternehmer.

- Und der Chef des Post-Instituts Zukunft der Arbeit (IZA), Zimmermann, lobt das wachsende Privatvermögen, denn angesichts der Alterung der Gesellschaft müssten die Deutschen vorsorgen. (Wer hier vorsorgt, interessiert ihn nicht.)

Siehe aber auch den Kommentar:

So asozial ist Deutschland
Wer den Armuts- und Reichtumsbericht studiert, bekommt den Eindruck, dass in Deutschland wieder ein Klassensystem entsteht. Schuld daran ist nicht nur die Union – sondern auch die SPD. Ein Kommentar von Hans Peter Schütz
Quelle: stern

Anmerkung unseres Lesers G.B.: *Mal sehen wie die Urfassung das Bundessozialministeriums im Laufe der Ressortabfassung wieder geschönt wird. Schon beim 3. Armuts- und Reichtumsbericht waren gute Tabelle der ersten beiden Berichte nicht mehr drin..*
Dazu kommt natürlich das Problem der Reichtumsmessung (Ehrlichkeit; Bewertung von Luxusgütern, wie Gemälden; Kleinst-Stichprobe ohne reelle Hochrechnungsmöglichkeit;...) Die letzten DIW-Berichte haben ja aus zwei Quellen deutlich unterschiedliche Zahlen bekommen.

Siehe zum Thema Armut

- Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverband 2011
- Forschungsberichte und Gutachten zu den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung
- Statistisches Bundesamt: Armutsgefährdung in den meisten Bundesländern gestiegen

---

[«*] Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, International Labour Office, Genf, 16. August 2012. Download [PDF – 3.5 MB]